

BürgerInnenbrief **Mitte**

3. Juni 2008



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Themen: +++ Stadtteilrundgang +++ Schwarz-Grüne Pfade +++ Armut als »Lebenslage« +++ »Lokale Ökonomie«

Einladung zu einem St. Georg-Rundgang



»Brandhaus« Lange Reihe: hinter der Fassade entstehen »hochwertige« Eigentumswohnungen (Foto: M. Joho)

Für Freitag, den 20. Juni lade ich zu einem Stadtteil-Rundgang durch St. Georg ein. Michael Joho, ein profunder Kenner des Stadtteils und seiner Geschichte(n), Autor zahlreicher Publikationen (zuletzt zum Gewerkschaftshaus und zur Amalie-Sievekings-Stiftung) und seit Mai 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, wird uns die wichtigsten Problemfelder der aktuellen Stadtentwicklung erläutern: St. Georg im Umbruch: hinter den schön renovierten

Fassaden immer mehr »hochwertige« Eigentumswohnungen? Wem gehört eigentlich St. Georg?

Treffpunkt: 17.30 Uhr, Spadenteich (Max & Consorten)

Anschließend wollen wir bei Bier, Wein und Limo zusammen mit der Stadtteilgruppe St. Georg von der Partei DIE LINKE den Abend ausklingen lassen.

Schwarz-Grün: neue Wege, alte Trampelpfade

In der Bürgerschaft stellte Bürgermeister Ole von Beust Mitte Mai seine Regierungserklärung für die schwarz-grüne Koalition unter das Motto der Überbrückung bekannter politisch-ideologischer Gegensätze.

Die Politik sei gut beraten, die eigenen »Schützengräben« zu verlassen und neue Ideen zu formulieren. »Auf den ausgetretenen Pfaden kommen wir nicht weiter, weder in Hamburg noch in Deutschland.« Die Schlussfolgerung: »Wir müssen in der Politik lernen, jenseits überholter Muster, jenseits von Durchschnittsdenken und Erfahrungswerten zu handeln.« Man wolle »Trennendes überwinden, ohne dass die Parteien ihre Identität aufgeben«.

Diese christdemokratische Botschaft vom »Versöhnen statt spalten« ist nur begrenzt überzeugend. Ohne Zweifel ermöglichen die Grünen der CDU in Hamburg eine partielle, widersprüchliche Modernisierung. Die CDU will sich von bisherigen programmatischen Fundamentalpositionen verabschieden. Es geht den Christdemokraten um ein neues Verständnis von Ökologie und Ökonomie und eine aktive Politik der gesellschaftlichen Integration. Auf der Agenda steht dabei auch und zentral eine Veränderung der vorschulischen und schulischen Bildung.

Bei allem Respekt vor dem Bemühen, alte Muster und ausgetretene Politikpfade zu verlassen – in den entscheidenden Punkten zeigt die neue Koalition nicht genügend Mut. Sie beharrt in Kernbereichen auf Positionen, die den Menschen in der Freien und Hansestadt Hamburg eben keine bessere Zukunft bringen.

Das schwarz-grüne Bündnis will einen Sozialstaat, der die BürgerInnen zu eigenständigem Engagement ermutigt. Diese Zielsetzung erreichen die Koalitionäre mit der Fortschreibung der bisherigen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nicht. Sie sagen, die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft müsse sich von unten entwickeln. Dieses Argument von den Schranken des Staates oder der öffentlichen Hand ist eine kümmerliche Begründung für

- die Verlängerung des Büchergeldes,
- das Beharren auf der Abschaffung der Schülerfahrkarte,
- die zu geringe Ausstattung des Sozialtickets,
- die Fortführung der Ein-Euro-Jobs und damit die Begünstigung des Niedriglohnbereiches.

Ganz absurd wird diese Begründung, wenn wir an den Gegensatz von Reichtum und Armut gerade in Hamburg denken und an die Unterstützung einer völlig verfehlten Steuerpolitik auf Bundesebene durch den Hamburger Senat – gerade für die höheren Einkommen und Vermögen.

Zu den altbekannten Trampelpfaden der Hamburger CDU-Politik gehört zudem die Formel von der »Haushaltsdisziplin«. CDU und GAL proklamieren: Wir brauchen eine restriktive Haushaltspolitik. Die Koalitionsprojekte sollen ohne neue Schulden finanziert werden.

Richtig ärgerlich ist die Erneuerung der Aussage: »Wie das im Einzelnen aussehen wird, wird in den Haushaltsberatungen entschieden.« Der zu erarbeitende Haushaltsplan wird zur Finanzierung neuer Prioritäten Umschichtungen beinhalten. »Umschichtungen – das bedeutet selbstverständlich auch die Änderung von Planungen und den Verzicht von Liebgewonnenem« – so Ole von Beust. Selbst in der Regierungserklärung hat die Koalition im Unklaren gelassen, wie sie ihr Koalitionsprogramm finanzieren will.

Die neue Koalition ist entschlossen, die Grundstrukturen der sozialen Spaltung nicht anzutasten, will allerdings in wichtigen Bereichen wie der ökologischen Modernisierung, der Verbesserung der Integrationsangebote und der Optimierung des Vorschul- und Schulsystems deutliche Verbesserungen durchsetzen. DIE LINKE kann dazu ihre Alternativen deutlich machen, wie sie im Sofortprogramm entwickelt sind. Zugleich müssen wir die Arbeit der neuen Koalition kritisch begleiten und auch daraufhin bewerten, ob die selbst gesteckten Ziele umgesetzt werden. Wichtig bleibt hierbei die Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Armut als »Lebenslage«

Seit Jahren drängt die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition den Senat dazu, einen Armuts- und Reichtumsbericht für Hamburg vorzulegen. Der CDU-Senat weigerte sich, dem nachzukommen, weil für ihn soziale Spaltung und Armut kein Thema sind. Im Gegenteil: Die Vertreter des neoliberalen Konzepts der »wachsenden Stadt« haben das Faktum der sozialen Spaltung stets bestritten.

Die Fakten jedoch zweigen etwas anders:

- 238.000 HamburgerInnen oder 13,6% der Bevölkerung sind auf Sozialleistungen angewiesen. Trotz Aufschwung hat sich an dieser Quote nichts geändert. Fast 25% aller Hamburger Kinder sind arm und auf Sozialgeld angewiesen.

- 21% aller MigrantInnen beziehen Hartz IV (bei Kindern: 39,4%).
- Armut trotz Arbeit finden wir bei immer mehr BürgerInnen. So hat sich die Zahl der »Aufstocker«, d.h. von Beschäftigten, die von ihrer Arbeit nicht leben können und deshalb zusätzlich Hartz IV beziehen müssen, auf 30.000 erhöht. Bedrückend auch die Zahl der RentnerInnen, die Grundsicherungsleistungen beziehen, weil sie von ihrer Rente allein nicht leben können.
- Ebenso wie eine fehlende oder geringe Schulausbildung trägt auch eine nicht vorhandene Berufsausbildung erheblich zum Risiko bei, gesellschaftlich ausgegrenzt zu werden.

DIE LINKE hat im Wahlkampf versprochen, sich für eine grundlegende Erneuerung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung einzusetzen. Sie hat jetzt dazu in der Bürgerschaft einen Antrag eingebracht.

Eine erweiterte Armuts- und Sozialberichtserstattung ist unverzichtbar, um tragfähige sozialpolitische Entscheidungen herbeiführen zu können. Sie ist notwendig, um der Tabuisierung des Armutsproblems entgegenzuwirken, möglichst aussagefähige und lebensnahe Daten über die Realität der Armut, ihre Strukturen und Entwicklungstendenzen zu erlangen und aus einer Gesamtschau auch Zielsetzungen für politische Maßnahmen des Landes Hamburg zur Bekämpfung von Armut ableiten und ihre tatsächlichen Wirkungen überprüfen zu können.

Armutsbekämpfung und -vermeidung ist eine Querschnittsaufgabe. Wir brauchen Armutsbeauftragte auf Landesebene und in den Bezirken, die sich der Sozial-, Arbeits-

markt- und Bildungspolitik gleichermaßen annehmen und diese koordinieren.

Die Gewerkschaften, Sozialverbände und DIE LINKE fordern als Sofortmaßnahme, die Hartz-IV-Regelsätze auf 420 Euro anzuheben. Davon würden alleinerziehende Mütter, bedürftige Rentner und Langzeitarbeitslose gleichermaßen profitieren. Außerdem muss rasch wieder die Möglichkeit geschaffen werden, große einmalige Belastungen – wie bei der Einschulung von Kindern, dem Ersatz von Haushaltsgeräten oder notwendigen Reparaturen – von den Sozialämtern finanzieren zu lassen, denn von 347 Euro im Monat kann man keine entsprechenden Rücklagen bilden. Zudem muss der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder um mindestens 20% von 208 auf 250 Euro angehoben werden. Eine weitere Zunahme der Armutsquote ist programmiert, wenn nicht umgehend eine armutsfeste Rentenpolitik auf den Weg gebracht wird.

Der Fall Tambor: Bürokratische Gängelung statt »Stärkung der lokalen Ökonomie«

Es ist mittlerweile fast zwei Jahre her, dass der Senat am 22. August 2006 den Beschluss fällte (Drucksache 2006/1035), im Rahmen eines neuen »Entwicklungsquartiers St. Georg-Mitte« spezielle Maßnahmen für die »lokale Ökonomie«, das »Wohnen und Wohnumfeld« sowie mehrere »öffentliche Freiräume, Plätze und Wege« auf den Weg zu bringen. Das Beteiligungsverfahren für die Erarbeitung eines umfangreichen Handlungskonzepts geht nach etlichen Workshops, Arbeitsgruppensitzungen und Stadtteilbeiratsversammlungen in diesen Wochen in die letzte Runde. Während sich die BewohnerInnen und die Stadtteilinitiativen naturgemäß auf die Bereiche Wohnen und Freiräume konzentriert haben, ist der dritte Schwerpunkt lokale Ökonomie aus ihrer Sicht leider ein wenig unterbelichtet geblieben.

Dabei handelt es sich um einen Komplex, der sehr wohl und durchaus nachhaltig nicht nur die Interessen des Kleingewerbes, sondern auch die der Bewohner tangiert. Nehmen wir nur einmal das Absterben einer Reihe kleiner Läden auf der Langen Reihe. Bis vor wenigen Jahren war hier eine nahezu komplette Nahversorgung der Bevölkerung gewährleistet. Doch inzwischen haben die allgemeine Aufwertung und Aufschickung des Quartiers, die Umwandlung von bezahlbaren Miet- in teilweise superteure Eigentumswohnungen und die Preisexplosion nicht zuletzt bei den Gewerbetrieben zu einer unsäglichen Café- und Flaniermeile – zum »Latte-Macchiato-Strich« – geführt.

Wenn es den Behörden wirklich ernst wäre mit der Förderung der kleinteiligen »lokalen Ökonomie«, dürfte etwas nicht passieren, was kürzlich an mich heran getragen wurde. Es geht um das Geschäft »Der Friseur« im Bieberhaus (Kirchenallee 19). Thomas Tambor hat den Laden vor rund zweieinhalb Jahren übernommen und ist gegenwärtig für weitere fünf (Teilzeit-)Arbeitskräfte verantwortlich. Kaum hatte Tam-



Thomas Tambor und Joachim Bischoff staunen über die Behördenantwort (Foto: M. Joho)

bor das Friseurgeschäft übernommen und erhebliche Investitionen getätigt, verkaufte die stadteigene »Sprinkenhof-AG« (Sprig) das Gebäude an die französische »alstria office Reit AG« (alstria). Nach zwei Jahren Planung will die private Firma alstria das Gebäude nun sanieren und anschließend – ganz sicher zu einem höheren Preis – neu vermieten. Dafür ist Tambor zum 30. Juni 2008 gekündigt worden, immerhin mit der vagen, allerdings nur mündlich ausgesprochenen Perspektive, ihn nach achtmonatiger Umbauphase womöglich wieder zu übernehmen.

Doch nicht genug damit: Um die eigene berufliche Existenz – und die seiner fünf Beschäftigten – über das dreiviertel Jahr zu sichern, hat Tambor beim Bezirksamt den Antrag gestellt, ihm einen Container mit den Maßen ca. fünf mal sechs Meter an einem nahe gelegenen, für die KundInnen in Sichtweite befindlichen Standort zu genehmigen. Beispielsweise auf dem Hachmannplatz, wo in den vergangenen Jahren so manches Mal irgendwelche Anlagen standen, u.a. von der Bahn AG.

»Sehr geehrter Tambor«, heißt es tatsächlich im Antwortschreiben des bezirklichen Dezernats Wirtschaft, Bauen und Umwelt, »einer Auslagerung des Betriebes während der Umbauzeit auf die öffentliche Wegefläche kann nicht entsprochen

werden. Unter Berücksichtigung der gängigen Verwaltungspraxis sowie des Gleichheitsgrundsatzes kann eine wegerechtliche Sondernutzungserlaubnis nicht erteilt werden. Auch aus Gründen der örtlichen Gegebenheiten kann keine entsprechende Nutzungsfläche im Umgebungsbereich gefunden werden.« Im Klartext: Dein über zweieinhalb Jahre erfolgreich gelaufener Betrieb schert uns einen Kehrriech, auch die Sicherung von Arbeitsplätzen, musst halt selbst sehen, wo du die nächsten acht Monate bleibst! In jedem Sanierungsgebiet würde der zuständige Behördenmitarbeiter für eine solche Abfertigung zu Recht gerüffelt werden, jede Abteilung für Wirtschaftsförderung hätte wenigstens den Versuch unternommen, eine für den Kundenstamm schnell erreichbare Ersatzfläche ausfindig zu machen. Doch weit gefehlt. Bisher jedenfalls.

Im Verbund mit der Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte sind wir jetzt bemüht, die zuständigen Stellen dazu zu bewegen, eine umgehende Lösung zu finden, lies: einen nahe gelegenen Ersatzstandort für einen Container zu benennen. Viel Zeit bleibt dem Bezirk nicht mehr, konkret unter Beweis zu stellen, wie ernst er seine angebliche Förderung der »lokalen Ökonomie« nimmt!



Bald auch kein »lokaler« Ökomarkt mehr auf dem Ossietzky-Platz? (Foto: M. Joho)

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittentag« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.